

Sind die bilateralen Verträge eine Falle?

Materiell sind die bilateralen Verträge der Schweiz mit der EU, und das wird heute sogar von vielen Befürwortern zugegeben, schlecht. Allein der Charakter eines Gesamtpakets, bei dem die Verletzung einzelner Bestimmungen das gesamte Vertragswerk in Frage stellt, ist völkerrechtlich gesehen zwar möglich, aber für den schwächeren Partner von einem unverantwortlichen Nachteil.

Inzwischen dürfte jedem noch so begeisterten EU-Befürworter in der Schweiz am Beispiel des Verhaltens gegenüber Oesterreich klar geworden sein, wie die EU-Staaten mit ihren kleinen Partnern umgehen. Die äusserst langwierigen Verhandlungen der bilateralen Verträge sprechen Bände über das Verhalten der EU gegenüber einem kleinen Land. Zum Glück gab es die Oesterreicher, vor allem den neuen Bundeskanzler Schüssel, welche der Schweiz etwas die Stange hielten. Zweifellos hat sich diese Schützenhilfe irgendwie zum Nachteil von Oesterreich ausgewirkt. Dabei bilden im Zentrum Europas diese beiden kleinen Alpenländer eine Gemeinschaft, auf welche auch die EU, besonders in bezug auf den Nord/Südverkehr, eine bessere Kontrolle des Asylantenzustroms sowie als jetzige oder zukünftige Nettozahler angewiesen ist.

Schade, dass die vor mehr als zehn Jahren lancierte Idee einer möglichst unabhängigen, neutralen Gruppierung der Alpenländer im Rahmen einer starken Efta von den Oesterreichern fallen gelassen wurde. Inzwischen hätte daraus ein Wirtschaftsraum entstehen können, der heute etwas besser in der Lage wäre, dem von Stoiber als zentralistisch bezeichneten Brüsseler-Gebilde die Stirne zu bieten. Manches mittel- und osteuropäische Land wäre sicher froh, sich einer solchen Gruppierung anzuschliessen, anstatt heute als zweitrangiger Beitrittskandidat behandelt zu werden. Schade auch, dass sich Staaten, wie Dänemark, Schweden und Finnland unter Aufgabe ihrer freien internationalen Verhandlungsfähigkeit in diesen Block ein-

verleiben liessen. Wie froh wären heute die baltischen Staaten, Polen, die Ukraine und Weissrussland zusammen mit einem starken skandinavischen Block, ergänzt durch die Alpen- und mitteleuropäischen Länder im Rahmen einer aktiven Efta über ein besseres Gegengewicht gegenüber den nach dem Osten und dem Balkan gerichteten, zunächst wirtschaftlichen und zunehmend auch politischen Beherrschungstendenzen der Grossen in der EU zu verfügen. Sogar die Sowjetunion wäre zweifellos über einen solchen "Cordon sanitaire" gegen Westeuropa, mit einer der grössten Wirtschaftsmächte der Welt und deren "Drang nach Osten", erfreut.

Für Realpolitiker gehören natürlich solche Überlegungen nicht mehr zum Zukunftsbild Europas. Auf jeden Fall passen sie nicht zur Schweiz. Eine solche Meinung ist zwar verständlich, aber die Behandlung Oesterreichs durch die EU deutet in eine andere Richtung. Das bis zum Überdruß benützte Argument der Beitrittsbefürworter, als Mitglied der EU könnte die Schweiz zusammen mit den anderen Kleinstaaten ein Gegengewicht zu den Grossen bilden und zu einer Demokratisierung dieses Blocks beitragen, erweist sich zusehends als eine Illusion. Daran ändern auch die bilateralen Verträge nichts, von deren Hauptwert gemäss Altbundesrat Cotti darin bestehe, eine engere Verbindung zur EU zu schaffen und so auch auf diesem Wege einen positiven Einfluss ausüben zu können. Bei näherem Zusehen entpuppen sich diese Verträge als eine geschickt angelegte Falle, um die Schweiz in die EU zu zwingen - dazu noch als ein vom Volk hochbejubelter Schritt! Diese Falle hat bereits angefangen zu wirken. Stimmt am 21. Mai das Schweizervolk Ja, wird zunächst die Ratifikation seitens der EU ins Stocken geraten. Jeder Fortschritt, besonders auch im Ratifikationsprozess der einzelnen Mitgliedstaaten wird durch neue Konzessionen zu erkaufen sein. Dazu käme eine Lawine zusätzlicher Forderungen: Harmonisierung der Steuern auf einem EU-Niveau wie Erhöhung der Mehrwertsteuer auf 15%, der Steuern beim Bund und den Kantonen; Harmonisierung aller sozialen Leistungen für die ausländischen

Arbeitskräfte; Harmonisierung der fremdenrechtlichen Bestimmungen nach dem Grundsatz, die finanzstarken Länder sollen den Hauptteil der auf Westeuropa zurollenden Flüchtlingswelle übernehmen, usw. usf. Recht bald werden dann diese Harmonisierungs-Forderungen auf andere Gebiete ausgedehnt und jedesmal, wenn die Schweiz nicht will, verzögert sich seitens der EU die Ratifizierung. Ziel dieser Verzögerungstaktik ist stets das gleiche: Die Schweiz zur Flucht nach vorne zu zwingen, das heisst möglichst rasch der EU, wo sie als ein dringend benötigter Nettozahler erwartet wird, beizutreten. Auch bei einem Nein wird dieser Druck für einen Beitritt vor allem mit Schützenhilfe der Befürworter in der Schweiz aufrechterhalten werden. Und das unabhängig davon, ob die bilateralen Verträge schlussendlich in Kraft treten oder nicht.

Bei diesem Szenario, das durchaus plausibel ist, stellt sich für den Durchschnittsschweizer die Gretchenfrage, was er denn am 21. Mai stimmen soll? Wenn er so oder so in die Lage manövriert wird, den Beitritt zur EU erwägen zu müssen und wenn er das, gerade auch im Lichte der Behandlung von Oesterreich und den in Brüssel in Angriff genommenen Reformen zur Bildung eines inneren mit der obersten Entscheidungsbefugnis ausgestatteten Kerns einiger weniger Mitgliedstaaten, auf keinen Fall will, dann wäre es verständlich, wenn er sich einmal mehr sagen würde, lieber die Finger weg von diesem supranationalen Gebilde, auch von den bilateralen Verträgen, die ja nach Cotti vor allem eine engere Bindung zur EU bezwecken, aber effektiv nur dazu dienen, die Schweiz in die EU zu zwingen. Lieber sich als Aussenseiter im Zentrum Europas durchschlagen, was wenigstens bis jetzt nicht schlecht gelungen ist. Auf jeden Fall abwarten, ob die EU zu einem neutralen und demokratischen Gebilde wird, oder ob sie sich, worauf alle Anzeichen deuten, zu einem hegemonie-süchtigen, von wenigen grossen Mitglieder beherrschten Block auswächst, oder, wegen dem Streit der Grossen unter sich, auseinanderfällt.